

NEUER WOHLSTANDSKONSENS

Für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Finanzsystem für die eine Welt

*Vorbemerkung: Dieser Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) „Globale Entwicklung“ und „Wirtschaft & Finanzen“ vom 17. August 2019 möchte im Bereich globaler Wirtschafts- und Finanzpolitik das derzeit neu zu erarbeitende Grundsatzprogramm von BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN und die gesellschaftliche Debatte insgesamt mit einem neuen Paradigma bereichern. Er basiert auf Zulieferungen von ca. 50 Inputgeber*innen aus Forschung, Zivilgesellschaft und Politik sowie von BAG-Mitgliedern, den Diskussionen auf der gemeinsamen Sitzung vom 29.-31. März 2019 in Berlin, und einer darauffolgenden Schreibgruppen-, Kommentierungs- und Änderungsantrags-Phase.*

INHALT

ZEHN THESEN FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM FÜR DIE EINE WELT	1
1. UNSERE VISION – WAS WIR WOLLEN	3
ZUKUNFTSFÄHIGKEIT WELTWEIT: ÖKOLOGISCH, GERECHT UND EMANZIPATORISCH.....	3
STATUS QUO: EXTREME UNGLEICHVERTEILUNG VON REICHTUM UND ARMUT – MATERIELL UND ÖKOLOGISCH	4
NEUE VISIONEN STATT ALTE DENKE	4
RADIKAL PRAGMATISCH, MUTIG UND EVIDENZBASIIERT	5
2. NEUER WOHLSTANDSKONSENS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR UNSERE ZUKUNFT	6
GUTE MÄRKTE – UND IHRE GRENZEN.....	6
FAIRNESS STATT MACHTWIRTSCHAFT	7
EIGENTUM VERPFLICHTET	8
SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION	9
DIENENDES FINANZSYSTEM.....	10
WOHLSTAND STATT BIP-WACHSTUM.....	12
DIGITALISIERUNG FÜR DIE MENSCHEN	12
3. GRÜNE POLITIK - WIE WIR UNS IN DEUTSCHLAND, EUROPA & DER WELT EINSETZEN	14
GÄNZLICH DEMOKRATISCH	14
MACHT STATT OHNMACHT	14
UMSTEUERN: FISKALISCH UND WIRTSCHAFTSPOLITISCH	15
GEMEINWOHL-MULTILATERALISMUS UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHE HANDELSPOLITIK.....	16

10 THESEN FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM FÜR DIE EINE WELT

1. **Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das gleichzeitig die planetaren Grenzen einhält und menschliche Entfaltung garantiert** – und zwar **weltweit**, über Grenzen hinweg **und für zukünftige Generationen**. Dafür müssen wir jetzt **radikal umsteuern**. Noch nie in der Geschichte der Menschheit gab es so viel materiellen **Wohlstand** und im Schnitt eine so **hohe Lebenserwartung** – doch viele der heutigen **strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu konsumieren** stellen uns vor ökologische **Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern** sozial-ökonomische Verteilungskrisen.
2. Wir setzen uns für **positive ökologische und gesellschaftliche Leitplanken** ein, um die schädliche Externalisierungs-, Verwertungs- und Akkumulationslogik des heutigen Systems zu überwinden und zukunftsfähig zu wirtschaften. Wir streben die konsequente **Internalisierung von Umwelt- und Sozialkosten an**– niemand darf an Umweltzerstörung und Ausbeutung Geld verdienen. Dazu verändern wir die **Anreize im System** sowie die **gesetzlichen Regeln** (in Deutschland und nach Möglichkeit auch die internationalen Rahmensetzungen) **fair für alle** ("level playing field"), sodass **Unternehmen, Staaten, Haushalte und „Commons“** zur Erreichung der sozial-ökologischen Ziele beitragen. So wird es im Gegensatz zu heute keine Nachteile mehr, sondern Vorteile für sozial-ökologisches Wirtschaften geben.
3. **Faire Markteinkommen**, die nicht durch politische Privilegien, Marktmacht oder unfaire Vermögensverteilung verfälscht sind, sind ein essentieller Aspekt unseres zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Leistungslose Einkommen wollen wir begrenzen. Der übermäßigen Spreizung der Vermögen und Einkommen, auch zwischen den Geschlechtern und Weltregionen, wirken wir entgegen, denn sie schadet dem Gemeinwohl und gefährdet den sozialen Frieden. Arbeitnehmer*innenrechte und Gewerkschaften stärken wir konsequent. Die **Steuerlast verlagern wir vom Faktor Arbeit in Richtung Ressourcenverbrauch sowie Einkommen aus Kapital- und Bodenbesitz**.
4. **Wir messen in Zukunft den Erfolg unserer Gesellschaften am Erreichen unserer gemeinsamen Ziele und Visionen**, und nicht mit der fragwürdigen Größe des "Bruttoinlandsprodukts". **Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem** – der damit einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon. Die absolute **Begrenzung der Ressourcennutzung** ist zentral. Die notwendigen Veränderungen, um wachstumsunabhängig zu werden (Arbeitsmarkt, Sozialsysteme, Staatsfinanzierung), haben für uns höchste Priorität. Dies ist bei begrenzter Ressourcennutzung sowieso unumgänglich.
5. Wir wollen den **dienenden Charakter des Finanzsektors** fördern, indem wir die Anreize für realwirtschaftliche Investitionen verstärken und uns gegen schädliche Finanzbündelungsprodukte und den Hochfrequenzhandel stark machen. Unsere Mitgestaltungsmöglichkeiten des globalen Finanzsystems und der **Entwicklungsfinanzierung** durch multilaterale Organisationen nutzen wir zu deren Ausrichtung auf sozial-ökologische Transformation und Stabilität.
6. Die **Chancen der Digitalisierung für die sozial-ökologische Transformation** nutzen wir und treten gleichzeitig **gegen die monopolisierte Wertabschöpfung** durch Plattformkonzerne und ihren Fähigkeiten zur Überwachung und algorithmisierten Diskriminierung ein. Der mit der Digitalisierung einhergehende Ressourcenverbrauch (etwa Energie und seltene Erden)

muss sozial- und umweltpolitisch gesteuert werden, um eine positive Transformation zu erreichen, u.a. auch durch die Entwicklung höchst effektiver Kreislaufwirtschaftsverfahren. Hier stehen Staat, Wissenschaft und Unternehmertum gleichermaßen in der Verantwortung.

7. Wir setzen uns konsequent für eine **Regulierung der globalen Finanzmärkte und des Handels** durch demokratisch kontrollierte Institutionen ein. Im **Interesse des globalen Gemeinwohls** ist der **Multilateralismus erneut zu stärken**. Wir wollen ein globales **Weltwirtschaftsgericht** - nicht private Investitionsschiedsgerichte. Unsere **Handelsverträge und Import-Regeln** sollen als maßgebliche Inhalte die gesellschaftlichen Ziele der sozial-ökologischen Transformation beinhalten und an fairem Gütertausch auf Augenhöhe orientiert sein.
8. **Nur gemeinsam** werden wir die Transformation umsetzen. Unser Ziel ist es, die gesellschaftliche Unterstützung für diesen Prozess zu mobilisieren. Wir wollen **mit allen Akteur*innen** im Wirtschafts- und Finanzsystem, in der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft als Partner*innen zusammenarbeiten. Wir Grüne nutzen unseren Einfluss **in Deutschland, Europa und der Welt**, um die Transformation praktisch voranzutreiben und schreiten dabei auch mit progressiven Bündnissen voran. Wir wollen aber auch raus aus unserer Komfortzone und arbeiten auch mit Andersdenkenden **mutig, pragmatisch und evidenzbasiert** an unseren Zielen.
9. Es ist klar, dass die notwendige Transformation **radikale Veränderungen in gewachsenen Strukturen und dem alltäglichen Leben** bedeuten wird. Ihre Umsetzung bringt daher **Macht- und Verteilungsfragen** mit sich. Wir haben genügend Reichtum und Wissen, um Strukturen so zu verändern, dass die zwingend notwendige Transformation nicht nachteilig auf bestimmte Bevölkerungsgruppen wirken muss. Wir wollen gesellschaftliche Mehrheiten für den ökologischen und sozialen Wandel gewinnen - in Deutschland, in Europa und weltweit, auch in den multilateralen Organisationen. **Dazu brauchen wir dieses neue Paradigma, das einen Neuen Wohlstandskonsens herstellt** - glaubwürdig und deshalb auch nachvollziehbar.
10. Bei der **Rückeroberung gesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit** im Hinblick auf wirtschaftliche Strukturen und Marktmechanismen bilden demokratische Prinzipien die Grundlage. Demokratische Strukturen und die demokratische Kultur müssen widerstandsfähig sein gegen den mächtigen Einfluss von Wirtschafts- und Finanzinteressen. Wir fördern die **Stärkung der „partizipativen Demokratie“**, in der Bürger*innen ihre zentrale Rolle als mündige Entscheidungsträger*innen kraftvoller gestalten können als heute.

1. UNSERE VISION – WAS WIR WOLLEN

ZUKUNFTSFÄHIGKEIT WELTWEIT: ÖKOLOGISCH, GERECHT UND EMANZIPATORISCH

Wir möchten eine Welt, in der Menschen im Einklang mit der Natur, im Rahmen der planetaren Grenzen und in Frieden und Wohlstand leben können. Die 17 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) und die Ziele des Pariser Klimaabkommens, auf die sich nahezu alle Staaten dieser Welt im Jahr 2015 geeinigt haben, beschreiben in hohem Maße das, was wir uns vorstellen: Keine Armut, kein Hunger, Gesundheitsversorgung und Bildung für alle, Geschlechtergerechtigkeit, erneuerbare Energieversorgung, sauberes Wasser und Hygieneeinrichtungen für alle, gute Jobs, die Transformation zur Kreislaufwirtschaft, Klimaschutz und -resilienz, Natur- und Ozeanschutz, Frieden und Rechtsstaatlichkeit.

Übergeordnetes Ziel unserer Politik ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt. Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaft- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf diejenigen, die keine Stimme haben – sei es, weil sie keine Chance haben, sich in globalen Strukturen Gehör zu verschaffen oder noch nicht geboren sind. Wir müssen unterhalb ökologischer Kippunkte eine Gesellschaft und Wirtschaft organisieren, die ein menschenwürdiges Auskommen für alle realisiert.

- **Umwelt:** Zukunft für die Menschheit gibt es nur innerhalb der planetaren Grenzen. Dazu zählen die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft und die globalen Umweltgüter Meere, Biodiversität und Klima – wir bekennen uns dabei zum 1,5-Grad-Ziel.
- **Gerechtigkeit:** Die Würde des Menschen ist überall und immer unantastbar, sie gilt unabhängig vom Geburtsort, Geburtsdatum oder dem Geschlecht. Allen Menschen – heute und in Zukunft – müssen vergleichbar geeignete Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden können.
- **Entfaltung:** Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen – heute und in Zukunft – ihre Fähigkeiten entfalten können und ein Leben leben, das sie selbst wertschätzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechte nirgendwo auf dieser Welt verletzt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht nur wirtschaftliche Allokationsprozesse organisiert, sondern vielfältig, kreativ und emanzipatorisch ist. Dabei geht es um individuelles Glück und um die Schaffung von Freiräumen für gemeinsame Aktivitäten, denn Menschen leben aus ihrer Verbundenheit und durch die Beziehungen zueinander. Deshalb setzen wir auch auf einen Kulturwandel, der bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger*innen "Entfaltung" nicht mit "Konsum" gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.

Wir wollen individuelle und gesellschaftliche Freiheit neu beleben. Das heutige Wirtschafts- und Finanzsystem schafft zwar vielerlei Chancen, doch macht es uns auch unfrei, weil es uns mehr oder weniger in eine bestimmte Lebensweise zwingt. Kreativitätsentfaltung, Gemeinschaft und Selbstverwirklichung sind menschliche Ziele, die nicht von materiellen Ressourcen abhängen. Sich diesen Zielen zu widmen, setzt allerdings voraus, dass das eigene materielle Überleben gesichert ist. Darauf wollen wir das System ausrichten.

Wir weisen kulturellen und wirtschaftlichen Hegemonismus zurück, der Gesellschaften auf eindimensionale Entwicklungspfade reduziert, Entfremdung, Durchökonomisierung und Entsolidarisierung befördert sowie die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Dabei stehen wir explizit zur historischen Rolle der Industrieländer im Sinne der "gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung". Der Reichtum in Industrieländern heute basiert auch auf Ressourcenübernutzung und Ausbeutung des „globalen Südens“. Im Sinne der Ressourcengerechtigkeit steht vielen Menschen in Ländern des globalen Südens daher noch ein Aufwuchs der Nutzung zu. Die Kehrseite der Medaille ist die Einsicht, dass der Ressourcenverbrauch der Industrieländer abnehmen muss.

STATUS QUO: EXTREME UNGLEICHVERTEILUNG VON REICHTUM UND ARMUT – MATERIELL UND ÖKOLOGISCH

Noch nie in der Menschheitsgeschichte gab es weltweit so viel materiellen Wohlstand wie heute: die Lebenserwartung ist enorm gestiegen, schwere und gesundheitsschädliche Arbeit reduziert worden und die Palette der Entfaltungsmöglichkeiten für viele Menschen größer als zuvor.

Und trotzdem stellen wir fest: Unser derzeitiges Wirtschafts- und Finanzsystem taugt nicht für eine lebenswerte Zukunft für alle. Es führt zu Ressourcenübernutzung, Klimakrise, sozial-ökonomischen Ungleichheiten, wiederkehrenden Finanzmarktschocks, es toleriert Menschenrechtsverletzungen und grassierende Armut – wovon Frauen und Mädchen oft in besonderem Maße betroffen sind. Dabei leiden unter den negativen Auswirkungen vor allem diejenigen, die sie am wenigsten zu verantworten haben. Noch wird in keinem Land so gewirtschaftet, dass gleichzeitig die planetaren Grenzen respektiert und menschliche Entfaltung für alle ermöglicht werden. Doch unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn sie weltweit positive Effekte hat.

Statt Wohlstandsschaffung findet in unserem derzeitigen System oftmals schlicht Wohlstandsextraktion statt. Neben der menschlichen Arbeitskraft, wird insbesondere die Natur radikal ausgebeutet und zum Teil irreversibel vernichtet – diese ungehinderte Ressourcennutzung ist der wohl entscheidendste Treiber des Wachstums und eine Ursache der versteckten Kosten unseres Wohlstands. Dabei werden die Profite dieser ungehinderten Extraktion privatisiert, die Kosten sozialisiert – insbesondere für zukünftige Generationen.

Gleichzeitig sind die Renditen des Produktionsfaktors „Kapital“ historisch höher als die des Produktionsfaktors „Arbeit“. Ungleichheit ist damit kein zufälliges, sondern ein begleitendes Merkmal des Kapitalismus. Während die Besitzer*innen von Kapital durch den Einsatz ihres Vermögens profitieren, ist die Mehrheit der Menschen auf Einkommen durch Arbeitskraft angewiesen - im globalen Maßstab oft unter dem Wert, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird ein Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir ignorieren damit die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele, denen diese Mittel unterzuordnen sind.

NEUE VISIONEN STATT ALTE DENKE

Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir für die positive Vision, dass wir gemeinsam mit den vielen Akteuren, die unser Wirtschafts- und Finanzsystem ausmachen, die Trendwende zu einer nachhaltigen Zukunft schaffen. Wir wollen wirtschaftliche Allokationsprozesse so steuern, dass sie unsere Ziele befördern, statt sie zu konterkarieren.

Die Zeit der Hegemonie einer Denkschule, die Deregulierung vor Rahmensetzung, Privatisierung vor Gemeineigentum, Staatsabbau statt Wohlfahrt, Konkurrenz statt Kooperation gesetzt hat, ist vorüber. Wir haben jetzt die Chance, mit dem *Neuen Wohlstandskonsens* ein neues gesellschaftliches Paradigma zu etablieren, das uns wieder gesellschaftliche Gestaltungsfähigkeit und Entfaltung ermöglicht.

Wir stehen auf der Seite der vielen progressiven Akteure, die ihr Handeln konsequent an der Zukunftsfähigkeit unserer Welt ausrichten. Wir setzen auf die dezentralen Kräfte sozialer, organisatorischer und technologischer Innovationen, um unsere Ziele zu erreichen – und sie auch gegen die derzeit dominanten Interessengruppen durchsetzen. Dabei suchen wir pragmatisch nach Allianzen, ohne die Radikalität der notwendigen Transformation aus den Augen zu verlieren. Und wir sind uns bewusst, dass es vor allem einer grundsätzlichen Änderung der Rahmensetzung bedarf.

Die Beweislast, jetzt nicht zu handeln, liegt bei den Verwalter*innen des heutigen Systems – nicht bei uns, die ein zukunftsfähiges System wollen. Alle, die das alte System beibehalten wollen, müssen die Auswirkungen auf planetare Grenzen und Lebensbedingungen anerkennen. Das jetzige System steht im Gegensatz zu unseren Zielen als Weltgemeinschaft und dem Überleben des Homo Sapiens an sich.

RADIKAL PRAGMATISCH, MUTIG UND EVIDENZBASIIERT

Die Erarbeitung von gesellschaftlichen Lösungen muss auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren, die national oder international anerkannt sind. Unsicherheiten im Wissensbestand berücksichtigen wir, denn natürlich sind auch Wissenschaftler*innen von herrschenden Paradigmen geprägt und arbeiten nicht wertfrei. Wir wollen Forschung fördern, die notwendige Transformationsprozesse mit konkreten Handlungsempfehlungen unterstützt – etwa für das Gelingen von Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft. Wissenschaft muss sich – das bestehende System reflektierend, selbstkritisch und gleichzeitig mit dem nötigen Selbstbewusstsein – in die politischen Debatten und Prozesse einmischen. Klar ist aber auch: Zur Lösung globaler Herausforderungen stehen wir weniger vor einem Erkenntnisproblem als vor einem Umsetzungsproblem.

Bei der Frage um „Zukunftsfähigkeit“ geht es konkret um die sozial-ökologische Transformation, nicht um Revolution oder abstrakte Systemfragen. „Antikapitalismus“ ist genauso wenig wie „Wachstum“ oder „Marktwirtschaft“ ein Selbstzweck. Daher gilt es, die im Folgenden gemachten Vorschläge für diese radikale Transformation wertgeleitet und evidenzbasiert bezüglich ihres Beitrags zu unseren gesellschaftlichen Zielen zu bewerten.

2. NEUER WOHLSTANDSKONSENS - EIN NEUES PARADIGMA FÜR UNSERE ZUKUNFT

Im Neuen Wohlstandskonsens setzen wir die Rahmenbedingungen für unsere Art zu produzieren, handeln und konsumieren so, dass die Ergebnisse gleichzeitig menschliche Entfaltung und die Einhaltung planetarer Grenzen ermöglichen. Durch eine rigorose Begrenzung der Ressourcennutzung befeuern wir Innovation und Substitution. Dabei bewerten und nutzen wir die verschiedenen Instrumente zur wirtschaftlichen Steuerung pragmatisch mit Blick auf unsere Ziele. Auch die gesamtwirtschaftliche Zielmessung passen wir entsprechend an. Gleichzeitig bekennen wir uns dazu, die für die Transformation notwendige Verschiebung der derzeitigen Kräfteverhältnisse offen anzugehen. Dafür streiten wir für politische Mehrheiten – in Deutschland, Europa und der Welt.

GUTE MÄRKTE – UND IHRE GRENZEN

Die Kräfte von Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher gesellschaftlicher Probleme beitragen (Stichwort CO₂-Preis). Doch andererseits können sie eben auch große Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Extraktion nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu Lasten von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil. Sie expandieren global und ergreifen auch die letzten Winkel der Erde und des gesellschaftlichen Lebens und zerstören damit viel Wertvolles, das nicht in Geld gemessen werden kann.

Märkte funktionieren nur mit einem klaren staatlichen Ordnungsrahmen. Wir müssen die Anreize im Markt so setzen, dass er zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb darf nur erfolgreich sein, wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert.

Durch den technologischen Wandel kommt es außerdem zu Produktionsformen, bei welchen der Mechanismus der dezentralen Preisfindung nicht mehr greift. So sind etwa die Kosten im Bereich der digitalen Dienstleistungen ganz überwiegend fix, sodass der zusätzliche Verkauf einer Einheit in Unternehmen kaum zusätzliche Kosten erzeugt. Es wird nach Deckung der Fixkosten möglich, zu Preisen anzubieten, die Konkurrenten aus dem Markt drängen oder ihnen schon den Zugang verwehren. Dadurch gibt es kein Konkurrenzgleichgewicht mehr und es entstehen Produzentenrenten.

Der Markt kann daher nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in einer Gesellschaft sein. Daher müssen wir Räume, in denen Märkte und Kapital wirken, klar definieren. Denn ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen. Ein relevanter Teil unseres Reichtums kann nicht in Geld gemessen werden. Wenn allein das Marktprinzip als Formel für den Austausch von Gütern und Diensten erhalten soll, werden permanent Bedarfe nicht erfüllt, die in sozialen und ökologischen Bereichen existieren.

Wir wollen die „kreative Zerstörung“ durch neue Ideen zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation deshalb aktiv fördern. Dazu nehmen wir auch staatliches Geld in die Hand. Denn in der Tat hat die öffentliche Forschungsförderung einen gewaltigen Anteil an den Renditen der großen

Unternehmen, ohne dass dies angemessen kompensiert würde. Die Vergabe von Forschungsgeldern ist an den gesellschaftlichen Zielen, z.B. den SDGs, zu orientieren.

Wir müssen die Bereitstellung vieler Güter und Dienstleistungen so organisieren, dass nicht nur Konkurrenz, sondern auch ausreichend Kooperation, Mitbestimmung, Suffizienz und Solidarität ihren Platz haben. Denn das Konkurrenzprinzip, das kapitalistischer Marktorganisation innewohnt, ist nicht immer das richtige Modell. Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb kapitalistischer Märkte – „open source software“ oder die Online-Enzyklopädie Wikipedia etwa. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von Markt und Staat organisiert werden, bspw. in genossenschaftlich organisierten Kontexten oder sogenannten „Commons“. Dazu bedarf es eine aktive Förderung solcher Alternativen (z.B. durch Vorrangsregelungen) und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für ihre Ausweitung und Absicherung – besonders brisant aktuell in der Wohnungs- und Bodenfrage. Die Loslösung von der Fixiertheit auf den Markt als einzig richtige Form der Verteilung hilft auch bei der Debatte um die faire Verteilung von Care-Arbeit und ist damit ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, da in der derzeitigen Form besonders für Frauen finanzielle Nachteile und Abhängigkeitsverhältnisse bestehen.

Natürliche Monopole, etwa im Feld der Daseinsvorsorge, sowie natürliche Ressourcen und Infrastruktur, gehören in die öffentliche Hand. Bei der Regulierung der digitalen Monopole – insbesondere von Netzwerken – streben wir eine engmaschige Regulierung an, die einseitige Ausnutzung der Marktmacht verhindert. Dazu gehört auch die Auflage, dass verschiedene Systeme untereinander kompatibel sind (Interoperabilität). Damit könnte ein Freundesnetzwerk oder ein Messengerdienst von Nutzer*innen nach dem höchsten Datenschutzstandard und nicht nach der höchsten Nutzer*innenzahl gewählt werden.

FAIRNESS STATT MACHTWIRTSCHAFT

Wirtschaft muss so gesteuert werden, dass Profit und damit auch politische Macht sich nicht in den Händen weniger konzentriert. Denn das eigentlich Geniale dezentraler Märkte – dass sich unter gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die besten Ideen durchsetzen, dass die Güter und Dienstleistungen mit dem größten Nutzen für Kund*innen Erfolg haben, dass auch in wirtschaftlich schwächeren Ländern neue Unternehmen entstehen können – all das wird in vielen Sektoren von mächtigen Einzelakteur*innen und hegemonial agierenden Regierungen unmöglich gemacht. Es ist einfacher, die Grenzwerte für Stickoxide anzupassen als bessere Autos zu bauen, es ist leichter, die lokalen Buchhändler zu verdrängen, wenn man selbst weniger Steuern zahlt, es ist profitabler, durch Handelsverträge genmanipuliertes Saatgut in Märkte zu drängen als kleinbäuerliche Landwirtschaft zu stärken.

Der extrem ungleichen Verteilung von Vermögen, Einkommen und sozialen Möglichkeiten lässt sich nicht allein durch progressive Besteuerung oder Entwicklungszusammenarbeit korrigieren. Zusätzlich muss eine gerechte Verteilung der Quellen von Reichtum und der Investitionen in die Menschen (etwa Bildung, Gesundheit und Sanitärversorgung) erfolgen. Es braucht einen gerechter verteilten Zugang etwa zu natürlichen Ressourcen und dem Nutzen, der daraus gezogen wird – sei es Land, Wasser oder fruchtbarer Boden – anstatt stark konzentriertes Privateigentum an diesen Gemeingütern. Auch Technologien und (tradiertes) Wissen dürfen nicht weitgehend privatisiert werden. Daraus entstehende Einkommen – etwa die Steigerung des Bodenwertes durch öffentliche Investitionen – müssen staatlich abgeschöpft werden.

Die Lohnquote muss wieder einen stärkeren Anteil an den Primäreinkommen haben als die Gewinnquote – und zwar im globalen Maßstab. Dazu gehören die konsequente Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten und Gewerkschaften sowie die Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit in Richtung Ressourcenbesitz und -verbrauch sowie Kapitaleinkommen. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung und -umgehung von Kapitalvermögen konsequent beseitigt werden.

EIGENTUM VERPFLICHTET

Eigentum verpflichtet – diesem Aspekt des Grundgesetzes möchten wir zu mehr Prominenz verhelfen – auch global. Wer Zugang zu materiellem oder finanziellem Kapital oder Produktionsmitteln hat, sollte zwar nicht kleinteilig analysieren müssen, ob die damit bereitgestellten Angebote an Gütern und Dienstleistungen nützlich oder schädlich sind. Aber es ist eine politische Aufgabe, dass wir Allokationsprozesse so organisieren, dass im Sinne des Gemeinwohls nützliche Aktivitäten lohnender und schädliche teurer oder verboten werden.

Privateigentum an Bodenschätzen und die Konzentration eines signifikanten Teils des Produktivvermögens ist gerecht zu verteilen. Wir achten das Recht auf Privateigentum im Rahmen der eigenen Entfaltung und für dezentrales Unternehmertum, solange sie nicht die Entfaltung der anderen begrenzt. Staatliche Verwaltung wirtschaftlich produktiver Ressourcen oder Unternehmen ist kein Selbstzweck – und produziert nicht per se bessere Ergebnisse. Wo aber die Effekte von Marktmacht zu negativen gesellschaftlichen Effekten führt, müssen wirtschaftliche Agglomerationen auch zerschlagen oder (teil-)vergemeinschaftet werden können. Insbesondere mit zunehmender Automatisierung muss eine gerechte Verteilung sichergestellt sein. Der Mehrwert, der durch Roboter und personenbezogene Daten geschaffen wird, muss zu einem gerechten Anteil auch auf die verteilt werden, von denen die relevanten Daten stammen. Zugang zu öffentlichen Gütern und zu grundlegender Infrastruktur – zu all dem, was die allermeisten Menschen zum Leben brauchen – muss ohne Hürden zur Verfügung stehen.

Wir wenden uns gegen den derzeitigen Trend der Privatisierung öffentlicher Aufgaben über die massive Verbreitung von öffentlich-privaten Partnerschaften. Während wir nicht grundsätzlich gegen die private Bereitstellung von Investitionen sind, so wenden wir uns gegen eine Politik, die sich an den Renditen der Kapitalgeber*innen statt an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Wir streiten für Transparenz bei öffentlicher Auftragsvergabe und für eine klare und faire Verteilung der Risiken und Chancen bei Projekten der öffentlichen Hand mit Privatinvestoren. Die Beratung institutionell schwacher Länder bei der Gestaltung muss über Geberfonds gewährleistet sein. Die Beilegung von Konflikten muss durch unabhängige internationale Gerichte erfolgen.

Gemeinwohlorientierte Regulierung muss verhindern, dass sich Einzelpersonen oder Unternehmen unrechtmäßig Produktivvermögen aneignen oder auf unvertretbare Kosten anderer Profite erwirtschaften. Dabei muss vor allem die systeminhärente Tendenz zur Kommerzialisierung von Lebensbereichen – also die Verdinglichung und Bepreisung von Ergebnissen menschlicher und gesellschaftlicher Kreativität – begrenzt werden. Dies betrifft globale Konzerne, die durch Hortung auf steigende Nahrungsmittelpreise spekulieren, aber genauso Wohnungseigentümer*innen in Großstädten, die trotz – oder gerade wegen – akutem Mangel an Wohnraum ihre Wohnungen leer stehen lassen, um auf höhere Preise in der Zukunft zu spekulieren. „Eigentumsrechte“ dürfen nicht als Selbstzweck wirtschaftlicher Entwicklung proklamiert werden, sondern sie sind mit Blick auf ihren Beitrag

zu gesellschaftlichen Zielen zu verteilen und ggfs. zu beschneiden, um andere Formen der Bewirtschaftung (etwa in Form tradierter Allmenden) zu ermöglichen.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Unser Ziel ist es, die Wirtschaft so zu transformieren, dass Nachhaltigkeit als Prinzip der Ressourcennutzung und soziale Gerechtigkeit der Orientierungsmaßstab gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entscheidungen wird. Die Klimakrise fordert von allen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren, dass sämtliche künftige Investitionen emissionsarm und klimaresilient ausgerichtet werden. Das verlangt den Aufbau eines regenerativen Systems, in dem Ressourceneinsatz und Abfallproduktion, Emission und Energieverschwendung durch Verlangsamen, Verringern und Schließen von Energie- und Materialkreisläufen minimiert werden. Dies kann durch langlebige Konstruktion, Instandhaltung und Reparatur, Wiederverwendung, Sanierung und Recycling erreicht werden. Das bedeutet ziemlich grundsätzliche, staatliche Regulierung in die derzeitige „Externalisierungsmaschine“ – und damit eine radikale Verschiebung, was sich in Zukunft noch wirtschaftlich „lohnt“ und was nicht. Dazu muss auf folgenden Ebenen agiert werden:

- **Standards:** Ein wichtiges Instrument der Politik ist die Setzung von Standards, deren schrittweise Verschärfung und Anhebung sowie deren konsequente Durchsetzung. Ein Beispiel sind die Energieeinsparverordnungen, die seit 2002 schrittweise die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden geregelt und schrittweise verbessert haben. Für Elektrogeräte aller Art erhöht die EU z.B. regelmäßig die Standards. Auch global erzielt die EU als größte Volkswirtschaft der Welt damit Pilotwirkung.
- **Anreize setzen:** Wir schaffen Anreize, damit die Wirtschaft, insbesondere Start-Ups sowie kleine und mittelständische Unternehmen, mit ihren Ideen und Innovationen die sozial-ökologische Transformation entscheidend mitgestalten kann. Damit schaffen wir Arbeitsplätze und sichern den Wandel sozial ab. Wir unterstützen neue Technologien, die eine wirksame und sparsame Nutzung unserer natürlichen Ressourcen sichern. Wir stärken die Forschung für den Wandel und richten die Forschungsförderung konsequent auf die Bewältigung der großen Herausforderungen wie Klimakrise, Ressourcenknappheit und demografischer Wandel ab.
- **Vorgaben und Verbote:** Manchmal müssen mit Vorgaben, Begrenzungen und Verboten Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung gesetzt werden. Dies ist etwa beim Ozonkiller FCKW nötig gewesen, gilt aber auch bei vielen Pestiziden und für einen Großteil von Plastikprodukten. Auch den Ausstieg aus der fossilen Energie müssen wir entsprechend der Klimawissenschaft bis 2030 festsetzen, da ist klare Ordnungspolitik gefragt. Ebenso zum Schutze unseres Wassers und unserer Böden müssen wir klare Grenzwerte für Verschmutzung definieren und kontrollieren, um Selbstregenerationsfähigkeit nicht zu gefährden.
- **Steuern und Subventionen:** Steuern und Subventionen müssen von Staaten zur Beeinflussung der Unternehmen und Bürger*innen im Sinne der Transformation eingesetzt und dabei möglichst global koordiniert werden. Dass es bis heute keine Steuer auf Kerosin gibt, ist ein umweltpolitischer Skandal. Wir streiten für eine ökologische Steuerreform, bei der Gemeinwohl förderliche Aktivitäten (u.a. Arbeit) weniger, schädlicher Ressourcenverbrauch und Emissionen stärker besteuert werden. Wichtig ist auch ein (globaler) CO₂-Preis, der effektiv in alle emittierenden Branchen hineinwirkt. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Umorientierung der Subventionen ein, sodass die Transformation gefördert statt behindert wird.

Wir sind uns bewusst, dass all diese Änderungen zu Auseinandersetzungen führen werden. Denn die derzeitigen Gewinner*innen würden Verluste erleiden, während viele Bürger*innen – heute und hier, aber auch zukünftig und woanders – davon profitieren würden. Eine ökologische Steuerreform etwa könnte Menschen mit niedrigem Einkommen entlasten (z.B. durch Pro-Kopf-Rückzahlungen bei Einführung einer CO₂-Steuer). Wir wollen diesen Transformationsprozess pragmatisch beschreiten und die Anpassungskosten sozialverträglich ausgestalten. Doch die beschriebenen Instrumente wollen wir konsequent nutzen und auf die Transformation der Wirtschaft ausrichten.

Unser Lebensstil basiert auf über viele Länder verteilte und verstrickte Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferketten. Verantwortungsvolle und nachhaltige Produktion erfordert aber das Gegenteil: kurze Transportwege, regionale Erzeugung und kurze Wertschöpfungsketten - wo immer dies möglich ist - sowie geringerer Ressourcenverbrauch und faire Löhne. Wir müssen u.a. regionale Wertschöpfungsketten und dezentrale Produktionskreisläufe fördern, damit gleichzeitig Abhängigkeiten reduzieren und stärkere Krisenresilienz ermöglichen. Tatsächlich stecken in den modernen Technologien und wissensbasierten Produktionsmethoden ungeheure Potentiale für eine Dezentralisierung bei gleichzeitiger solidarischer Vernetzung und dem Austausch von Wissen.

Unsere Handels- und Investitionspolitik muss die notwendigen Transformationsprozesse der (Welt)wirtschaft fördern. Deshalb sollte der ökologische und soziale Umbau stets Ziel der Verhandlungen sein und den Ausbau wirtschaftlicher Strukturen fördern, mit denen Güter und Dienstleistungen gemeinwohlorientiert bereitgestellt und lokale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden. Voraussetzung hierfür ist ein reformiertes Wettbewerbs- und Kartellrecht und eine gestärkte Rechtsdurchsetzung, das auch auf transformatorische Ziele jenseits des Verbraucherschutzes ausgerichtet ist und Oligopole im internationalen Handel wirksam verhindert oder zurückdrängt.

DIENENDES FINANZSYSTEM

Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr, Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

Der Finanzsektor ist zu groß, zu vernetzt, zu komplex und zu einflussreich gemessen an seiner Funktion für gesellschaftlichen Wohlstand. Seit der globalen Deregulierung bringen die internationalen Finanzmärkte die Realwirtschaft durch spekulative Exzesse immer häufiger und dramatischer aus dem Gleichgewicht. Auch die kriminelle Dimension der Finanzwirtschaft muss mitgedacht werden: Betrug, Steuerkriminalität und Geldwäsche sind in fast jeder Finanzkrise krisenverstärkend und ermöglichen Verbrechen wie Menschenhandel und Korruption.

Um sich selbst verstärkende Krisen zu begrenzen, braucht der Finanzsektor klare Regeln, um globale Kettenreaktionen zu verhindern. Der Fall eines Dominosteins mag mal den einen oder anderen Akteur mitreißen – sie dürfen aber nicht so nah beieinander stehen, dass am Ende ein ganzes System am Boden liegt. Haftungsregeln müssen überprüft werden und eine wirksame Kapitalausstattung ist nötig für die Stabilisierung. Auch Finanztransaktionssteuern bleiben ein zentrales Instrument, um kurzfristige Spekulationen im Hochfrequenzhandel zu verteuern ohne langfristige Investition oder

Absicherungsgeschäfte zu verhindern. Gewisse gesellschaftliche Bereiche müssen für spekulative Finanzanlagen unattraktiv gemacht werden – etwa im Bereich des Wohnens, der Rohstoffextraktion, des "Landgrabblings", der Vermarktung von Daten oder bei Eigentumsrechten auf Wissen.

Die Ausgestaltung des Kreditystems hat fundamentalen Einfluss auf realwirtschaftliche Aktivitäten. Wir wollen daher Regulierungsansätze einbringen, die Kreditvergabe für Spekulation eindämmt und für sinnvolle Investitionen fördert. Nachhaltige Investitionen und Kreditvergaben müssen sich mehr lohnen als nicht nachhaltige. Die unterschiedlichen Initiativen unter dem Begriff "Sustainable Finance" möchten wir weiterentwickeln und global verbindlich gestalten. Dabei geht es auch um eine neue übergeordnete Analysefähigkeit an den Finanzmärkten, um selbstverstärkenden Fehlentwicklungen durch Negativanreize (etwa Finanztransaktionssteuer) oder größeren Eigenbehalt (etwa bei der Immobilienfinanzierung) entgegenzuwirken.

Das Ziel ist die gleiche Besetzung von Frauen und Männern in Vorständen und Aufsichtsräten. Um dies endlich Realität werden zu lassen, setzen wir uns sowohl für eine verbindliche Quote in der Finanzbranche, als auch für die Benachteiligung in den Kreditkonditionen für Firmen ein, deren Vorstände und Aufsichtsräte nicht paritätisch besetzt sind.

Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen. Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen, muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein. Dabei sehen wir – mit dem Bewusstsein über strategische Verfehlungen in der Vergangenheit – in den klassischen Entwicklungsbanken einen Anker der Verlässlichkeit gegenüber neuer Formen der Kreditausbeutung. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen.

Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System, das die Interessen der Gläubiger*innen und Schuldner*innen austariert, führt zu adäquater Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen von Schulden verwehrt werden.

Darüber hinaus müssen Währungsspekulationen durch kluge Möglichkeiten für Kapitalverkehrskontrollen eingeschränkt und eine Begrenzung des rein spekulativen Devisenhandels über eine Finanztransaktionssteuer erreicht werden. Wo Währungen allein aufgrund von Wetten unter Druck geraten, müssen globale Watchdogs wie das Financial Stability Board und der Internationale Währungsfonds (IWF) Eingriffsmöglichkeiten erhalten. Wir sprechen uns auch für eine Weiterentwicklung des IWF zu einer Weltzentralbank aus, sodass Liquiditätskrisen nicht zu Staatsinsolvenzen werden. Dies setzt ausreichend demokratische und transparente Governance-Strukturen mit gerechter Stimmverteilung voraus.

Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des Gemeinwohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik "Nettokreditgeber" – das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren geht, übersteigt die Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Entwicklungszahlungen. Wir unterstützen daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe und das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten dabei unterstützen, solide Steuersysteme aufzubauen.

WOHLSTAND STATT BIP-WACHSTUM

Wir stehen derzeit vor einem Wachstumstrilemma: Ohne Wachstum geht es vermeintlich nicht, komplett grünes Wachstum gibt es nicht, und das bisherige Wachstum führt in die ökologische Katastrophe. Unser Wirtschaftssystem – und damit unsere Sozialsysteme, unser Arbeitsmarkt und unsere Staatsschulden – sind darauf ausgelegt, dass die Wirtschaft wächst. Das Gegenteil – siehe Griechenland, siehe Guinea, siehe Argentinien – führt relativ schnell in die Katastrophe. Wir müssen unsere Systeme fit dafür machen, dass sie auch ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts stabil bleiben. Dies ist angesichts der technologischen Sättigung und der alternden Gesellschaft der Industrieländer schon jetzt ein Muss. Vor allem aber wird die notwendige absolute Begrenzung der Ressourcennutzung dies einfordern.

Die Herausforderungen mit unserem derzeitigen Wachstumsmodell entstehen nicht durch steigende BIP-Zahlen, sondern den damit verbundenen steigenden Verbrauch natürlicher Ressourcen, die steigende Belastung natürlicher Senken wie Ozeane und Wälder und die Ausbeutung von Arbeitskraft mit Dumpinglöhnen sowohl bei uns als auch global. Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den maximalen Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu machen. Es werden veränderte Handelsströme, Substitution und Innovation entstehen, um aus einem Bestand an nachhaltig nutzbaren natürlichen Ressourcen ein für alle ausreichendes Maß an Gütern und Dienstleistungen zu erzeugen.

Das heißt übrigens keinesfalls, dass nicht mehr investiert oder innoviert würde – das Gegenteil ist der Fall. Unter den gegenwärtigen Bedingungen werden nur die Ideen realisiert, die finanziell rentabel sind. Deshalb werden permanent Potentiale nicht realisiert, die sozialen, gesellschaftlichen oder ökologischen Wert stiften könnten. Auf dem Weg zur Transformation brauchen wir ständig Erneuerung und Investitionen in unserer Wirtschaft, um neue ressourcenschonende Wege zu gehen und das globale Wirtschaftssystem in eine Kreislaufwirtschaft zu überführen. Entscheidend ist, die Infrastrukturen, Produkte und Dienste im Hinblick auf ihre langfristigen Folgen und ihre Wirkung für unseren Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen zu bewerten und ihre Entstehung im positiven Fall zu unterstützen. Hier sind Forschung, Wirtschaft und Politik gefordert, auf Basis von Szenarienanalysen notwendige Reformen zu beschreiben und einzuleiten.

Wir brauchen ein neues Wohlstandsmodell auf der volkswirtschaftlichen Ebene und eine neue Erfolgsrechnung und Bilanzierung auf der betriebswirtschaftlichen Ebene. Ressourcennutzung, Freiheit, Gesundheit, gesellschaftliche Kohäsion – unsere qualitativen Ziele sollen Teil der politischen Zieldefinition und Messung des Erfolgs werden. Wir müssen das Bruttoinlandsprodukt als bisherige Messgröße überarbeiten, um zu einem adäquaten Maßstab für die Zunahme menschlichen Wohlergehens zu kommen. Denn weder trennt es diesem Wohlergehen Förderliches von Schädlichem noch beinhaltet es zentrale Bereiche der "Care-Arbeit", z.B. häusliche Erziehung von Kindern und Pflege von alten Menschen jenseits der lohnabhängigen Tätigkeit.

DIGITALISIERUNG FÜR DIE MENSCHEN

Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale. Durch den Aufbau von dezentralen, selbstorganisierten Strukturen der Produktion und Versorgung können auch kleine Mengen stofflicher Reichtümer effizienter genutzt werden. Eine Minimierung von Transportwegen, Lagerung und Ressourcenverbrauch wird möglich. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie Austausch von Produktionswissen bspw. zur Herstellung lang haltbarer Produkte. Wir streben an, den

Austausch von Wissen insbesondere da zu befördern, wo es zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste dient.

Gleichzeitig stellt uns der durch die Digitalisierung zu erwartende Energieverbrauch und Nutzung seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne die grundlegenden Eingriffe in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung daher den Raubbau an der Natur und Gesellschaften nur intensivieren – Extraktivismus *on speed!*

Die digitale Transformation muss daher für die sozial-ökologische Transformation gestaltet werden. Dabei muss es auch darum gehen, noch nicht industrialisierte Länder dabei zu unterstützen, mit Digitalisierung die Frühphase der Industrialisierung möglichst gleich zu überspringen. Dies muss auch eine Strategie gegen die multinationalen Oligarchen sein – ein auf Selbstbestimmung und lokalen Unternehmen gegründeter neuer Weg.

Datenraub und Überwachung sagen wir den Kampf an – durch internationale Regulierung, engmaschigen Datenschutz und Zerschlagung globaler Datenmonopole. Digitale Verhaltensprognose und zunehmend auch Verhaltenssteuerung bedeuten einen direkten Angriff auf Kernwerte wie Freiheit, Privatheit und Demokratie. Dem müssen wir mit einer gesamtgesellschaftlichen Vereinbarung entgegentreten, dass Digitalisierung dem Menschen dienen muss – nicht die Menschen den Profiteuren der Digitalisierung. Wir stärken das Vorsorgeprinzip, wonach digitale Anonymität die Regel sein muss. „Smart Data“, künstliche Intelligenz, Fintechs oder das Internet der Dinge dürfen nicht zum Aufbau von Abhängigkeiten und wertabschöpfenden Monopolen führen, sondern müssen Energie- und Ressourceneffizienz sowie einen möglichst breiten und gleichberechtigten Zugang zu Wissen ermöglichen.

Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und sonstige geistige Eigentumsrechte sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus Drittstaaten müssen so gesteuert werden, dass sie zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

In der Arbeitswelt steigen durch die Digitalisierung atypische, meist prekäre Arbeitsverhältnisse und die Zerlegung von Arbeiten in kleine Schritte, die über den Globus verteilt werden. Die Komplexität der zu beherrschenden Technologie und Organisation führt zu einer Teilung der Belegschaften in hochqualifizierte Wissensarbeiter*innen und einer Gruppe von Mitarbeiter*innen für repetitive Tätigkeiten, die es sich (noch) nicht lohnt, wegzurationalisieren. Dem entgegen steht unser Ziel einer produktiven Weltwirtschaft basierend auf guter Arbeit für alle, die unabhängig von der Form der Beschäftigung die finanzielle Basis für ein würdiges Leben legt.

Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies muss jedoch aktiv gestaltet werden. So ist angesichts hoher Kapitalrenditen heute eine weitere Konzentration der Vermögensverhältnisse durch diese Rationalisierung zu beobachten, anstatt dass die Produktivitätsfortschritte zu einer breitenwirksamen Verkürzung der Arbeitszeit genutzt würden. Dem ist mit einer gesellschaftlichen Abschöpfung der Digitalisierungsrenditen durch die Steuerpolitik und einer Steuerentlastung der Arbeitnehmer*innen zu begegnen.

3. GRÜNE POLITIK - WIE WIR UNS IN DEUTSCHLAND, EUROPA & DER WELT EINSETZEN

GÄNZLICH DEMOKRATISCH

Wir kämpfen für politische Mehrheiten in Deutschland, mit denen wir die notwendige Transformation in unserem Land, in Europa und im multilateralen System voranbringen wollen. Den größten Dienst, den Deutschland dabei der Welt erweisen kann, ist es vorzumachen – dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.

So sehr wir eine klare Vision haben, stehen wir in der Umsetzung zu demokratischen Prinzipien. Ein besseres System ist möglich und wir werben voller Herzblut und Überzeugung dafür – nur verirren sich allzu dogmatische Vorstellungen einer "besseren Welt" manchmal in autoritären Gedanken. Wie sie am Ende genau aussehen wird, muss partizipativ erarbeitet, demokratisch entschieden und konkret ausprobiert werden. Dies gilt umso mehr im Umgang mit anderen Ländern.

Wir stehen im Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft für die Transformation. Aktivist*innen, Nichtregierungsorganisationen, Feministin*innen und Grassroot- Bewegungen leisten großartige Arbeit, um über Wirtschaftszusammenhänge aufzuklären und alternative Modelle zu fordern. Bürger*innen müssen überall auf der Welt besser befähigt werden, an dieser Debatte teilzuhaben, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und eigenständige Positionen zu entwickeln.

Wir machen uns daher auch systematisch für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ stark. Die Mitwirkung an internationalen Entscheidungsprozessen setzt voraus, dass die Bevölkerung überall auf der Welt ermächtigt wird, komplexe Zusammenhänge zu verstehen und sich politisch für Gemeinwohl-stiftende Entscheidungen einzusetzen. Bürger*innen sollten von ihren politischen Vertreter*innen überall einfordern können, sich für ihre Position zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen demokratisch zu legitimieren. Um eine global agierende transnationale Bewegung der Menschen zu fördern und eine sozial-ökologische Transformation voranzutreiben, muss das globale Lernen sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung flächendeckend implementiert werden. Von den ersten Bildungsinstituten an müssen Kinder, Schüler*innen und Erwachsene befähigt werden, ihre Lebensumwelten mitzugestalten.

MACHT STATT OHNMACHT

Wir müssen uns selbst die Grenzen setzen, die die Vernunft uns gebietet. Wir tun dies im Wissen, dass wir dies teilweise gegen unsere eigenen kurzfristigen Interessen und Lebensstile durchsetzen müssen, denn wir tragen im globalen Maßstab überproportional zu den negativen Konsequenzen bei. Uns geht es nicht um Verzicht, sondern um eine neue Freiheit. Wir sind davon überzeugt, dass der *Neue Wohlstandskonsens* mehr Entfaltungsmöglichkeiten schafft, als dass er begrenzt.

Eine zentrale Aufgabe für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als politische Kraft, ist, die Veränderung von Machtstrukturen. Wir werden uns konsequent, analytisch und selbstbewusst gegen die Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegenstehen. Den Einfluss von Konzernen auf die Politik wollen wir durch die Einführung verpflichtender Lobbyregister und das Verbot von Parteispenden von Unternehmen begrenzen. Die Marktmacht von global agierenden Konzernen muss zudem durch die Stärkung des Kartellrechts und einer deutlichen Stärkung der Rechtsdurchsetzung eingedämmt werden. Durch Fusionskontrolle und Begrenzung der Unternehmenskonzentration kann der Marktdominanz entgegengewirkt werden.

Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit ist für eine positive sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit Wirtschaftsvertreter*innen, Bürgerbewegungen, Studierendenorganisationen, Gewerkschaften und kritischen Forscher*innen suchen. Allianzen für eine bessere Welt bilden sich nicht unbedingt zuerst im Deutschen Bundestag oder der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Sie sind das Ergebnis eines dezentralen Prozesses der Bewusstwerdung, die sich in konkretem Handeln niederschlägt. Diesen Allianzen wollen wir durch konkrete Angebote der partizipativen Demokratie mehr Geltung verschaffen.

UMSTEUERN: FISKALISCH UND WIRTSCHAFTSPOLITISCH

Deutsche und europäische Finanz-, Steuer- und Handelspolitik muss zukunftsfähig sein. Wir wollen unsere nationalen und europäischen Hebel umfassend für die Umsetzung des neuen Paradigmas nutzen. Wir stehen für die solidarische Finanzierung unseres Gemeinwesens durch progressive Besteuerung – national, europäisch und global. In der Finanzpolitik streiten wir für eine Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit. Staaten müssen sich auch wieder trauen, für die anstehenden Aufgaben in Infrastrukturen und Bildung zu investieren, und auch Steuern zu erheben und damit womöglich gleichzeitig Ungleichverteilung von Einkommen und vor allem Vermögen auszugleichen. Das gilt nicht nur in Deutschland, sondern auch für die Finanzierung globaler Transformationsprozesse.

Wir wollen klare und faire globale Regeln, damit sich die positive Kraft des Wirtschaftens im Interesse des Gemeinwohls entfalten kann. Dazu gehört ein globales Kartellrecht, die transparente Kontrolle globaler Kapitalströme, eine öffentliche Aufschlüsselung der von Konzernen gezahlten Steuern nach Staaten, die Steuererhebung an der Quelle der Wertschöpfung, ein transparentes Überwachungssystem des Vernetzungsgrads eines Wirtschaftsakteurs sowie gesetzlich verankerte menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und deren Einklagbarkeit. Unternehmen wie Staaten müssen zudem transparent machen, wenn ihre Investitionen Klimarisiken nicht mit den Pariser Klimazielen vereinbar sind.

Wir wollen die Besteuerung vom Faktor „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt- und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und soziale Werte einpflegen. Dafür wollen wir etwa die Buchhaltungsregeln im Handelsgesetzbuch und der „International Financial Reporting Standards“ (IFRS) anpassen. Denn freiwillige Selbstverpflichtungen helfen selten. Wir sind uns bewusst, dass eine Änderung der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung zu Auseinandersetzungen führen wird. Manche Firmen werden durch die gesetzliche Verankerung eines breiteren Kriterien-Sets plötzlich „wettbewerbsfähiger“ sein als andere – und genau das wollen wir auch. Wo dadurch in der Übergangsphase Nachteile entstehen sind wir auch bereit, schützende Maßnahmen temporär zu veranlassen.

Wir wollen gemeinwohlorientierte Unternehmensformen mit möglichst starker Mitbestimmung aller Stakeholder oder auch das neu entstehende Konstrukt des „Purpose“-Unternehmens fördern. Gerade auch bei der Förderung des Privatsektors im Globalen Süden setzen wir auf einen diversifizierten, lokalen und zukunftsorientierten Privatsektor. Globale Unternehmen müssen lokale Unternehmen in ihre Wertschöpfungsketten integrieren, Wertschöpfung in Entwicklungsländern fördern und in Technologietransfer investieren.

Wir kämpfen für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen, reichen Einzelpersonen und Staaten setzt. Auch zu Hause werden wir

aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen Ländern (sog. "Steuersümpfen"), internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. Deshalb werden wir auf nationaler Ebene Einheiten im Finanzministerium und in den -ämtern weiter auf- und ausbauen, die sich mit internationalen Konzernen messen können. Dies ist auch eine Voraussetzung, um international im Sinne einer gerechten Ordnung agieren zu können. Außerdem streiten wir weiter für die europäische "gemeinsame konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage" (GKKB) sowie eine globale Mindestbesteuerung, mit der wir Gewinn- und Verlustverschiebungen großer Konzerne in "Steuersümpfe" endgültig einen Riegel vorschieben.

GEMEINWOHL-MULTILATERALISMUS UND SOZIAL-ÖKOLOGISCHE HANDELSPOLITIK

Globale Strukturpolitik für Transformation ist eine zentrale Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass wir teilweise mit unserer Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik unsere übergeordneten Ziele unterlaufen. Wir müssen diese Inkohärenzen konsequent entlarven und auch innerhalb der eigenen Partei ständig auf umfassende Zukunftsfähigkeit pochen. Wir dürfen die Lösung politischer Zielkonflikte nicht kurzfristigen Wahlerfolgen unterordnen.

Wir wollen als gestaltende Kraft dazu beitragen, dass Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten auf nationaler, europäischer und globaler Ebene das neue Paradigma umsetzt. Kohärenz und Glaubwürdigkeit sind auch ein wertvolles Kapital, um im internationalen Miteinander andere für ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Finanzsystem zu gewinnen. Deutschland ist als einer der größten globalen Geber eine respektierte Stimme in globalen Institutionen. Diesen Hebel wollen wir stärker nutzen, durch konsequente Ausrichtung auf Zukunftsfähigkeit in unserem Abstimmungsverhalten, wie auch durch gezielte Stärkung der Kernfinanzierung progressiver Organisationen.

Dabei stehen wir vor einem Dilemma - die multilateralen Organisationen sind der Spiegel der in ihnen agierenden Akteure. Sie haben größtenteils das Paradigma mitgeprägt und verteidigt, welches es zu verändern gilt. Akteure der "Machtwirtschaft" haben sich multilateraler Foren und Instrumente bedient, um unter dem Deckmantel der Kooperation Profitinteressen hemmungslos zu internationalisieren. Deutschland muss gemeinsam mit anderen progressiven Akteuren in internationalen Verhandlungen verbindliche Regelungen für das Einhalten von Menschenrechten von Unternehmen und Wirtschaftsakteuren einfordern und sich für eine gemeinwohlorientierte Handelspolitik einsetzen.

Gleichwohl sind die internationalen Beziehungen nicht nur dominiert von nutzenmaximierenden, neoliberal denkenden Akteuren. Die Staatengemeinschaft hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 und viele weitere UN-Verträge, sowie die „Agenda 2030“/SDGs, das „Pariser Klimaabkommen“, die „UN-Leitprinzipien für Menschenrechte und Wirtschaft“ unterschrieben, sich somit zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Die Bedeutung dieser Abkommen steht und fällt damit, dass sie ernsthaft umgesetzt werden. Insbesondere WTO, IWF und Weltbank wollen wir in diesem Kontext etwa zum Schutz globaler Allmenden („commons“) einbinden und entlang der Menschenrechte und den SDGs neu ausrichten. Dies kann auf manchen Ebenen über marktwirtschaftliche Instrumente erreicht werden (Finanzierung positiver Externalitäten durch Geber), für die meisten Allmenden aber brauchen wir globale Vereinbarungen („Trusts“) für das nachhaltige Management.

Wir sind angesichts globaler Machtverhältnisse auch bereit, in Bündnissen mit Progressiven voranzuschreiten. Denn die multilaterale Ordnung – sollte es sie je wirklich gegeben haben – ist in Gefahr, sich vor unser aller Augen aufzulösen. Deshalb geht es auch darum, dass Deutschland und Europa, deren Anteile an Weltwirtschaft und Weltmacht schrumpfen, zukünftig mit anderen Mächten und Regionen kooperiert, um globale Gemeingüter zu sichern, ein multilaterales Rechtssystem zu vertiefen, das auch kleineren Akteuren eine Chance gibt und eine plurale Werteordnung zulässt. Dabei setzen wir auch auf Kooperation mit Forschung und Zivilgesellschaft, um eine Dynamik im Diskurs zu erzeugen, die eine andere Politik erst ermöglicht.

Die Handelspolitik ist ein gewaltiger Hebel zur Umsetzung der notwendigen Transformation weltweit. Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Wir streiten für eine verbindliche sozial-ökologische Sorgfaltspflicht für Unternehmen entlang ihrer Lieferketten. Den Zugang zu unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards, etwa durch Sozial- und Klimazölle. Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer*innen weltweit entstehen.

Europäische Handelspolitik muss sich darauf ausrichten, das Primat des Umweltvölkerrechts und der Menschenrechte vor Liberalisierungsverpflichtungen zu erwirken. Wenn Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um Vereinbarungen der Staatengemeinschaft wie das Pariser Klimaabkommen, die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert werden. Bestandteil der Verträge sollte sein, dass alle Handelspartner sich verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufzuerlegen. Private Investor-Staat-Schiedsgerichte lehnen wir ab und setzen uns für einen globalen Wirtschaftsgerichtshof ein.

Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler Integration (etwa durch entsprechende Ursprungsregeln), Technologietransfer und angemessene Besteuerung wirtschaftlicher Aktivität. Die vielen bi- und multilateralen Handelsverträge müssen daraufhin überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung der Verträge zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder in deren aber auch in unserem Interesse. Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und klimapolitisch profitieren.